

Gemeinsame Traditionen?

Erinnerungspolitik zwischen Gewerkschaften und Neuen sozialen Bewegungen

Ulf Teichmann

Der zeithistorischen Forschung gelten Gewerkschaften und Neue soziale Bewegungen gemeinhin als Antipoden (Raphael 2019, S. 168 f.; Rödter 2004, S. 66–69). Doch offenbart ein genauerer Blick erhebliche Schnittmengen und Grauzonen (Teichmann/Wicke 2018a; Berger 2014, S. 28, 40). Inwiefern Erinnerungspolitik bei den Begegnungen beider Felder eine Rolle spielte, ist Gegenstand dieser Untersuchung.

Im Grunde fand Erinnerungspolitik schon bei der Prägung des Begriffs »Neue soziale Bewegungen« statt. Diejenigen, die als Aktive und Beobachtende den diversen Mobilisierungen Anfang der 1980er Jahre diesen Namen gaben, betonten damit nicht nur das (vermeintlich) Innovative ihrer eigenen Bewegungen, sondern erklärten zugleich Arbeiterbewegung und Gewerkschaften zu etwas Vergangenen und Abgeschlossenem (Teichmann/Wicke 2018b, S. 13 f.). Damit konservierten sie ein Bild von Gewerkschaften in der kollektiven Erinnerung, in dem der andauernde Wandel der Organisationen keinen Platz fand (Andresen 2016). Solch erinnerungspolitisches Abgrenzen konstituiert immer zugleich eine Zusammengehörigkeit nach innen. Soziales Erinnern ist für soziale Bewegungen auch eine Methode der Identitätsstiftung (Eyerman 2016, S. 79).

Dies deutet schon darauf hin, dass die Verwendung des Konzepts Neue soziale Bewegungen als analytisches Instrument für die Zeitgeschichte problematisch ist, da in ihm ein Interesse zeitgenössischer Akteure aufgehoben ist. Ich verwende es daher in seinem breiten Verständnis als Gesamtheit vielfältiger sozialer Bewegungen und Mobilisierungen seit 1968, ohne die damit verbundenen Zuschreibungen vermeintlicher Gemeinsamkeiten zu übernehmen, die sich auf die Schlagworte »Wertewandel«, »Dezentralität«, »Politisierung des Privaten« und »Mittelschicht« herunterbrechen lassen.

Mein Fokus liegt dabei auf in den Neuen sozialen Bewegungen aktiven Akteuren aus dem linken Feld, wodurch auch dogmatische, traditionalistische Gruppen in den Blick geraten, die den erwähnten Verkürzungen zufolge eher Antipoden der Neuen sozialen Bewegungen sein müssten. Hier dient also in erster Linie die durch das Konzept beschriebene Wahrnehmung eines neuen Gegensatzes als heuristischer Ausgangspunkt, um deren erinnerungspolitische Ausprägung nachzuvollziehen (Teichmann/Wicke 2018b, S. 11–17).

Dafür werde ich erinnerungspolitische Aktivitäten von Neuen sozialen Bewegungen und Gewerkschaften um den 1. Mai sowie an den Schnittstellen von Gewerkschaften und Friedensbewegung in den Blick nehmen. Mein Interesse gilt vorrangig der Frage, ob und wie Erinnerungen an den Schnittstellen der Felder Gewerkschaften und soziale Bewegungen genutzt wurden. Überwiegen tatsächlich abgrenzende Narrative oder finden sich auch Erzählungen von Gemeinsamkeit, die gemeinsame Mobilisierungen ermöglichten? Welche Akteure nutzten Erinnerungen wann zu welchem Zweck?

Der 1. Mai als Ressource für das linke Feld

Der 1. Mai bietet sich für einen diachronen Blick auf Erinnerungspolitik von Gewerkschaften und Neuen sozialen Bewegungen geradezu an, da er als immer auch erinnerndes, sinnstiftendes Ritual eine »Invented Tradition« der Arbeiterbewegung war (Hobsbawm 1983, S. 283–288; Eyerman 2015, S. 80; Stachow 1995), aber auch für viele Akteur*innen der Neuen sozialen Bewegungen seit 1968 ein Datum von großer Bedeutung wurde (Thamm o.J.; Andresen 2012, S. 153–159; Rucht 2001, S. 155, 166–169). Dies betrifft vor allem die hier aktiven Linken diverser Schattierungen, denen es aller Differenz zum Trotz also lohnend erschien, sich die Tradition der Arbeiterbewegung zu eigen zu machen. Erinnerungspolitik bedient sich der Elemente, die einen feldspezifischen Gewinn an Legitimation versprechen (Troebst 2014).

Ob und wie Linke in sozialen Bewegungen ab 1968 versuchten, die Erinnerung an den 1. Mai als Ressource für sich selbst zu nutzen, also symbolisches Kapital aus ihr zu schlagen, fragen die folgenden Absätze anhand einiger lokaler Beispiele.

Klasse, Tradition und Zugehörigkeit – Auseinandersetzungen um den 1. Mai 1968 als Konflikt sozialer Gruppen

In besonders gespannter Atmosphäre fand der 1. Mai 1968 statt, etwa drei Wochen nach den Schüssen auf Rudi Dutschke und den anschließenden Unruhen

(Tolomelli 2001, S. 196 f.; Siegfried 2018, S. 164). Fragen des Veranstaltungsformats – Demonstrationmarsch, Familienfest oder Saalveranstaltung –, die in den Jahren zuvor schon Teil einer Auseinandersetzung um Tradition gewesen waren (Andresen 2012, S. 150–153), wurden nun als Sicherheitsproblem diskutiert. So empfahl der DGB-Vorsitzende Ludwig Rosenberg in einem Rundschreiben an alle DGB-Kreise einen umfangreichen Ordnerdienst, »da wir verhindern wollen, daß es durch die aufgeputzte Stimmung zu Schlägereien zwischen Studenten und Arbeitern kommt«. Auch untersagte er, »Studentenvertreter« auf den Kundgebungen sprechen zu lassen, und behielt dies explizit »Gewerkschaftern« vor (Rosenberg/Hansen 1968; Rosenberg/Stephan 1968).

In diesem Zusammenhang wurde die Erinnerung an den Feiertag der Arbeiter genutzt, um Studierende, die pauschal als Vertreter einer anderen sozialen Gruppe wahrgenommen wurden, außen vor zu halten. Maikundgebungen seien ausschließlich Veranstaltungen des DGB und seiner Gewerkschaften, hielt der DGB-Kreisvorstand Bochum nach einer Diskussion über einen möglichen studentischen Redebeitrag fest.

»Bei aller Sympathie für die Anliegen der Studenten [...] würde bei einem Eingehen auf ihre Wünsche auch ein Präzedenzfall geschaffen, der es anderen politischen und gesellschaftspolitischen Gruppen erlauben würde, mit gleichem Recht ein ebenso gleiches Ansinnen zu stellen« (DGB-Kreis Bochum 1968).

Gegenüber der Lokalpresse vertrat diese Linie Walter Arendt, Vorsitzender der in Bochum ansässigen IG Bergbau und Energie:

»Es gibt Maifeiern seit 1890 – ohne Studenten-Redner. Und ich glaube, daß die Arbeitnehmer auch heute noch selbst am besten wissen, wie sie ihre Interessen zu formulieren und durchzusetzen haben« (Dr 1968).

Erinnerungen an Zeiten mit vermeintlich klaren Verhältnissen dienten also zur Abgrenzung, während die Zusammensetzung des linken Feldes und auch der Gewerkschaftsmitgliedschaft sich immer weiter ausdifferenzierte. Der vergleichsweise junge Bochumer DGB-Vorsitzende, der den zitierten Beschluss seines Kreisvorstandes gegen studentische Beteiligung nicht mitgetragen hatte, insistierte daher – vergeblich – gegenüber Rosenberg darauf, dass die Studenten aus der gewerkschaftlichen Studentengruppe auch Gewerkschafter gewesen seien (Janzen 1968a, 1968b).

1968 war die Konstellation also noch so, dass die Linke in der Studentebewegung – ohne selbst konkret erinnerungspolitisch zu argumentieren – aus dem traditionellen Feiertag der Arbeiterbewegung politisches Kapital schlagen

wollte. Zugleich konnten die Gewerkschaften jedoch in der Abwehr dieser Versuche noch mit der Erinnerung an den 1. Mai als Feiertag der Arbeiterklasse argumentieren.

Was ist die wahre Tradition? Linke in der Gewerkschaftsjugend 1971

Im Rahmen der »Proletarischen Wende« der Studentenbewegung gerieten die Gewerkschaften in den Fokus der Kritik vieler Gruppen im sich neu sortierenden linken Feld; über die Lehrlingsbewegung und Versuche vergleichsweise offener Jugendarbeit der Gewerkschaften hielten diese Konflikte auch Einzug in die Organisationen (Templin 2011; Andresen 2016, S. 114–217).

Im Zentrum kritischer Auszubildender der DGB-Jugend in Essen wurde aus den inhaltlichen Auseinandersetzungen zwischen Jungsozialisten, Sozialistischer Deutscher Arbeiterjugend und der trotzkistischen Kommunistischen Jugendorganisation (KJO) – Spartacus ein regelrechter Machtkampf. Dieser schlug sich unter anderem in der Frage nieder, wie der 1. Mai 1971 richtig zu begehen sei. Anfang des Jahres gründete sich im Zentrum kritischer Auszubildender ein Mai-Komitee der Gewerkschaftsjugend, um durchzusetzen, dass am 1. Mai – im Gegensatz zu den Jahren zuvor, in denen es nur Saalveranstaltungen gegeben hatte – wieder auf der Straße demonstriert wurde (Zentrum kritischer Auszubildender 1970, 1971a; DGB-Kreis Essen 1971).

In einem Brief klärten die jungen Gewerkschafter*innen die Essener Gewerkschaftsführung darüber auf, wie die Tradition der Arbeiterbewegung richtig zu verstehen sei: Die letzten Jahre hätten gezeigt, dass die Arbeitnehmer wenig Interesse an Festveranstaltungen gehabt hätten. »Deshalb«, schrieb das Zentrum kritischer Auszubildender an den DGB Kreisvorstand, »fordern wir Euch als Gewerkschaftler auf, den 1. Mai so zu gestalten, wie wir ihn aus der Tradition der Arbeiterbewegung heraus verstehen«. Das heiße, dass Forderungen auch an die Öffentlichkeit getragen werden müssten, um zu zeigen, dass die Gewerkschaften auch bereit seien zu kämpfen. Dies gehe nur mit einer öffentlichen Demonstration und Kundgebung: »Nur so können wir den Anspruch als Kampftag der Arbeiterklasse – denn als solcher ist der 1. Mai nach wie vor zu verstehen – wirklich gerecht werden [sic]« (Zentrum kritischer Auszubildender o.J., 1971b, 1971c).

Nachdem auch eine Unterschriftenaktion des ZKA keinen Erfolg gehabt hatte (Zentrum kritischer Auszubildender 1971d; Zentrum kritischer Auszubildender 1971e), veröffentlichte das Mai-Komitee der Gewerkschaftsjugend – ein Gremium, das die Satzung nicht vorsah und das keinerlei organisatorische Legitimität besaß – einen eigenen Aufruf, vorfinanziert von der Kommunisti-

schen Jugendorganisation (KJO) – Spartacus und gegen den erklärten Willen des SDAJ-nahen Ortsjugendausschusses der IG Metall (DGB-Jugend Essen 1971; IG-Metall-Jugend Essen 1971; Zentrum kritischer Auszubildender 1971f).

Dieser Aufruf mobilisierte zum Demonstrationzug der Bergleute der Zeche Emil, die am 1. Mai gegen die drohende Schließung ihrer Zeche demonstrierten, um anschließend einen »oppositionellen Gewerkschaftsblock« auf der Saalveranstaltung des DGB zu bilden: »Wir müssen uns dagegen wehren«, begründeten die Gewerkschaftsjugendlichen ihren Aufruf, »daß unser Kampftag durch die Führung unserer Gewerkschaften zu einer Festveranstaltung abgewürgt wird«. Die Aufgabe der Tradition der Maifeiern korrespondierte in dieser Perspektive mit dem Verrat an den politischen Zielen der Arbeiterbewegung: Wer wie die Führung der Gewerkschaften bereits Frieden mit Staat und Unternehmen geschlossen habe, so lässt sich die Argumentation zusammenfassen, der führt auch am 1. Mai eine Festveranstaltung im Saalbau durch (Mai-Komitee der Gewerkschaftsjugend Essen o.J.).

Wurde die Erinnerung an die lange Tradition des 1. Mai als Feiertag der Arbeiter 1968 noch genutzt, um andere linke Akteure auszuschließen, stellten jetzt linke Gruppen die Gewerkschaftsorganisationen außerhalb der Tradition, um ihre eigenen Forderungen zu legitimieren. Je mehr sich das linke Feld – nicht zuletzt infolge der Auflösung sozialer Milieus – diversifizierte, desto wichtiger wurde die Selbstinszenierung als historische Erben der wahren Arbeiterbewegung. Überspitzt formuliert: Die eben immer seltener proletarischen linken Akteur*innen eigneten sich die Kultur ihrer Zielgruppe an, um eine vermeintlich legitime Sprecher*innenposition einzunehmen.

Auch im Zentrum kritischer Auszubildender befasste man sich parallel zum eben beschriebenen Konflikt anhand einer vom DGB-Bundesvorstand herausgegebenen Broschüre mit der Geschichte der Gewerkschaftsbewegung (Schuster 1971). Am 4. Mai 1971 führte eine Debatte über das Verhalten der Gewerkschaften in den Jahren zwischen 1914 und 1918, das übrigens scharf verurteilt wurde, zu einer Parallelisierung des Umgangs mit Kommunisten im DGB in den 1950er Jahren mit den eigenen Erfahrungen am 1. Mai 1971, also drei Tage zuvor. Dabei wurde sehr deutlich, dass die Beschäftigung mit der Geschichte der einhelligen Abgrenzung von SPD und DGB-Führung diene, auch wenn nicht in allen Punkten Einigkeit herrschte. Das Protokoll hielt schließlich fest:

»Die Diskussion über das Verhalten der Gewerkschaftsjugend am internationalen Kampftag der Arbeiterklasse ergoß sich in die Frage, ob der Sozialismus in den Ostblockstaaten, besonders in der DDR, zu befürworten ist. Die Debatte wurde jedoch wegen Beginn des Plenums abgebrochen« (Zentrum kritischer Auszubildender 1971g).

Das Gleiche in Grün? »Alternativer 1. Mai« in den 1980er Jahren

Eine neue Ausrichtung bekamen die erinnerungspolitischen Auseinandersetzungen um den 1. Mai noch einmal ab etwa 1977, als sich innerhalb des linken Feldes eine alternative oder ökologische Wende vollzog und zugleich auch die DGB-Gewerkschaften sich wieder an neuen Rezepten für den 1. Mai versuchten. Die Maikundgebungen »gewerkschaftlich und kulturell« auszurichten, war für Oswald Todtenberg von der Abteilung Kulturpolitik des DGB-Bundesvorstandes die Lösung des Problems nachlassender Beteiligung. Denn bisher sei übersehen worden, so Todtenberg, »daß sich Arbeitnehmer nicht nur über den Verstand, sondern auch über das Gefühl gewerkschaftlich organisieren und am gewerkschaftlichen Leben teilnehmen«. Kulturfeste im Anschluss an Demonstration und Kundgebung standen demnach nicht im Widerspruch zur Tradition des 1. Mai, der für Todtenberg »Kampf- und Feiertag zugleich« war (Todtenberg 1977, S. 278 f.).

Im Unterschied zu den 1968er Jahren wurde diese Entwicklung im linken Feld inzwischen eher positiv aufgenommen. Zwar war der Status quo der Gewerkschaftspolitik noch immer scharfer Kritik ausgesetzt, doch wurde mit nachlassender Bedeutung dogmatisch-orthodoxer Strömungen auch nicht mehr ein idealisierter Urzustand der Arbeiterbewegung zum Ziel auserkoren. Dies zeigt etwa die Kommentierung der Maifeierlichkeiten 1980 in der *Revier*, einer undogmatisch-linken Duisburger Zeitschrift: »Kampftag der Arbeiterklasse« – das war's einmal. Als Arbeiter vor 90 Jahren an diesem Tag ihre Kundgebung abhielten. Gegen Unternehmer und ihren Staat«, ist dort sicher noch mit einem Rest Wehmut zu lesen. Denn in der Bundesrepublik sei der Feiertag ein Geschenk des Staates gewesen und, so heißt es weiter:

»Kleine Geschenke erhalten die Partnerschaft. Und so hat der 1. Mai sich dann auch entwickelt: Als Feier der Partnerschaft, des sozialen Friedens und eines Staates, der einmal im Jahr wenigstens als Staat auch der Arbeiter erscheinen möchte«.

Die Reflexion der Entwicklung des 1. Mai in der Bundesrepublik diente also dazu, das Fehlen einer Perspektive jenseits des tripartistisch-korporatistischen Modells zu bemängeln. Anschließend warf der Autor den Gewerkschaften vor, die Erinnerung an die Ursprünge von Arbeiterbewegung und 1. Mai nur zur Festigung dieses sozialpartnerschaftlichen Modells zu nutzen:

»zum Denkmal ist der »Kampftag der Arbeiterklasse« in der heutigen Gewerkschaftsbewegung dieser Republik geworden. »Denkmal, wie schlecht es den Arbeitern damals ging. Wie sie sich abstrampeln mußten um ein bißchen Existenzsicherung. Heute ist das alles geregelt für sie! Anerkannte Gewerkschaften. Anerkannte Gewerkschaftsfüh-

rer, die mit Helmut Schmidt, Franz-Josef Strauß und Rodenstock Kaffee trinken. Sozialstaat, Mitbestimmung. Denk mal, was wir alles geschafft haben! Staatsfeier und Traditionspflege machen die tödliche Mischung aus Pflicht und Langeweile, die heute den 1. Mai kennzeichnet«.

Die kulturelle Erweiterung des 1. Mai – hier mit Bezugnahme auf Recklinghausen – wird daher nicht als Entpolitisierung zurückgewiesen, sondern als Möglichkeit gesehen, auch die Inhalte der Maifeiern vielfältiger zu gestalten. Türkische Folkloregruppen, Betriebsjugendgruppen, die Theater spielen, und alternative Maifeiern erschienen da als Hoffnungsschimmer: »Eigeninitiativen«, so der Autor, »– das ist das wichtige daran. Neues Leben! Nicht krampfhafter Versuch, einen Kampftag wiederzubeleben« (o. V. 1980b).

Tatsächlich gaben die DGB-Gewerkschaften mit der kulturellen Öffnung der Maifeiern einen Teil der Deutungshoheit ab, die 1968 noch mit dem historisch begründeten Alleinvertretungsanspruch gerechtfertigt worden war. Dass das neue Probleme mit sich brachte, zeigt die Entwicklung des »Alternativen 1. Mai« in Dortmund. Nachdem die DGB-Jugend 1976 und 1977 einen »Jugendtreff« mit Kulturprogramm und in Kooperation mit der gesamten Dortmunder Linken veranstaltet hatte, bekam der überwiegende Teil linker Initiativen 1978 vom DGB-Kreisvorstand nicht mehr die Erlaubnis, sich bei der DGB-Veranstaltung zu präsentieren. Dies hatte zur Folge, dass sich ab 1979 ein »Alternativer 1. Mai« entwickelte. Denn auch für die Linksalternativen und die Initiativen aus den Neuen sozialen Bewegungen, die den »Jugendtreff« immer mitgeprägt hatten, war das Begehen des 1. Mai selbstverständlich. Dieser wurde inzwischen als Erbe der gesamten Linken und nicht nur der Gewerkschaften betrachtet (o. V. 1979 f; o. V. 1980a). Das machten Slogans wie »Der 1. Mai gehört uns allen« deutlich (o. V. 1979d; Dortmunder Initiativen o. J.), doch bemerkenswert ist, dass die Erinnerung an Traditionen in den Auseinandersetzungen kaum eine Rolle spielte.

1981 – inzwischen explizit gegen den DGB gerichtet – wollte die alternative Dortmunder Stadtzeitung *Klüngelkerl* »aus den letzten arbeiterkampftagen endlich wieder einen arbeiterkampftag« machen. Und auch wenn die zitierte Formulierung darauf hindeutet, dass sich Teile der Linken auch nach ihrer alternativ-ökologischen Wende noch immer auf einen in der Vergangenheit der Arbeiterbewegung liegenden Idealzustand des Arbeiterkampftages bezogen, waren die historischen Referenzen doch deutlich weniger geworden.

Statt in der unterschiedlichen Auslegung der vermeintlich gemeinsamen Vergangenheit lag der Fokus nun auf unterschiedlichen Zukunftsvorstellungen, die seit den späten 1970er Jahren nahezu immer an der mutmaßlichen Unvereinbarkeit von Ökologie und Ökonomie auseinanderbrachen. So war der ent-

scheidende Knackpunkt für den *Klüngelkerl* dann auch der Umgang mit dem Strukturwandel des Ruhrgebiets, der in Dortmund gerade die drohende Schließung der Hoesch-Stahlwerke auf die Agenda der Gewerkschaften gebracht hatte: Das Motto des DGB werde in diesem Jahr »Mehr Hoesch für uns alle« oder so ähnlich lauten«, vermuteten die Autoren Andreas und Armin, und hielten dem entgegen:

»Da heißt es für uns ganz klar: »Nix mehr Hoesch für Bonzen« und auch »schluß mit der dreckigen luft – menschen müssen atmen«. Tja, und da wird's schwierig. [...] Wie kann man jemanden beibringen, daß sein materielles bedürfnis nach wohlstand zurückzustellen ist, wenn es darum geht, weiterleben zu können!« (Andreas/Armin 1981).

Selbst Werner vom Kommunistischen Bund hatte für diese Belehrung der Arbeiterklasse zwar nur Spott über, hielt seine eigenen »wohl eher traditionalistischen Gedanken« aber betont pragmatisch und ging in der historischen Reflexion nicht hinter das Jahr 1976 zurück (Werner 1981).

Von einer Tradition der Arbeiterklasse zum Feiertag der Linken?

Erinnerungen an die Arbeiterbewegung wurden am 1. Mai praxisrelevant – das haben die Beispiele gezeigt. Sie dienten der Selbstverortung und damit auch Abgrenzung innerhalb des linken Feldes und der Gewerkschaften und waren mitunter Statements zur zukünftigen Gestaltung von Gewerkschaftsarbeit. Und auch wenn es an längeren Abhandlungen zur Entstehung und Geschichte des Tages nicht mangelte, entwickelten diese Erinnerungen ihre Praxisrelevanz fast ausschließlich in Form von verkürzten Kampfbegriffen, in denen eine spezifische Interpretation der Geschichte eingeschrieben war.

Auch wenn es durchaus Bezüge auf den ersten 1. Mai 1890, auf den sogenannten Blutmai 1929 oder auf den 1. Mai 1933 gab, war es vor allem die Formel vom »Arbeiterkampftag«, mit der sich Linke gegen die DGB-Führungen und in eine meist sehr unscharf bleibende Tradition stellten.

Dass es – zumindest nach 1968 – gerade die außergewerkschaftliche Linke war, die sich auf Tradition berief, lässt sich auch darauf zurückführen, dass der 1. Mai immer stärker vom Feiertag der Arbeiter zum Feiertag der Linken, die häufig keine Arbeiter mehr waren, wurde (Andresen 2012, S. 158). Dass die Auseinandersetzung mit der Geschichte der Gewerkschaften eine »Kompensation der verlorenen Arbeiterklasse« war, wie Knud Andresen (2016, S. 547–556) für die Gewerkschaftsjugend geschrieben hat, gilt vielleicht noch stärker für die akademische Linke der 1970er Jahre, die sich die historische Legitimation, sich zu Fragen der Arbeiterbewegung zu äußern, erst erarbeiten musste.

Erinnerung als verbindende Ressource? Erinnerungspolitik von Gewerkschaften und Friedensbewegung

Anschluss durch Erinnerung?

Der Antikriegstag 1979 als gewerkschaftlicher Beitrag zur Friedensbewegung

Seit den späten 1970er Jahren ließ das Interesse vieler Akteure der Neuen sozialen Bewegungen an den Gewerkschaften und ihren Traditionen nach. Das Erstarken der Friedensbewegung an der Wende zu den 1980er Jahren führte zu einer weiteren Verschiebung, da nun – wie bald auch die Gewerkschaften merken mussten – die für die Politisierung der Jugend zentralen Themen von Neuen sozialen Bewegungen gesetzt wurden (Hennig 1979a; Bleicher 1979; Andresen 2016, S. 483–490). Die Gewerkschaften, und hier federführend die DGB-Jugend, nahmen sich des Themas Frieden ebenfalls verstärkt an und veranstalteten bereits 1979 wieder einen Antikriegstag als bundesweit beworbene Veranstaltung, nachdem sie 1969 aufgehört hatten, diesen Tag regelmäßig zu begehen (DGB o.J., S. 23 f.).

Auffallend an diesem gewerkschaftlichen Beitrag zur Friedensbewegung ist seine erinnerungspolitische Prägung, während die Friedensbewegung sich – erst recht nach dem Ende 1979 gefassten »Doppelbeschluss« der NATO – zunächst mit aktuellen rüstungspolitischen Fragen auseinandersetzte. Dies lässt sich damit erklären, dass die Erinnerungspolitik für die Gewerkschaften eine Möglichkeit darstellte, das die Jugend umtreibende Thema Frieden aufzugreifen, ohne zu den organisationsintern umstrittenen Rüstungsfragen Stellung beziehen zu müssen.

In der Aktionswoche, die der Großveranstaltung am 1. September 1979 in der Dortmunder Westfalenhalle voranging, veranlassten lokale Gruppen der Gewerkschaftsjugend beispielsweise die Umbenennung von Straßen nach Widerstandskämpfern (B. U. 1979a; o. V. 1979e; DGB-Landesbezirk Nordrhein-Westfalen 1979b, S. 11, 13). Die Dortmunder Gewerkschaftsjugend veröffentlichte eine für den Antikriegstag werbende Ausgabe ihrer Zeitschrift *Durchblick*, die ihre jugendlichen Leser*innen auf vier Seiten über den Weg der Nationalsozialisten zur Macht, die Zeit ihrer Herrschaft und die »traurige Bilanz« des Zweiten Weltkrieges aufklärte (o. V. 1979g) und auch die Ausstrahlung der US-amerikanischen TV-Produktion »Holocaust« als Aufhänger für die Auseinandersetzung mit der deutschen Geschichte nutzte (o. V. 1979a), wohingegen das Thema Abrüstung nur auf einer Seite ausführlicher behandelt wurde (o. V. 1979b).

Auffallend war eine für die Friedensbewegung, aber auch für die Geschichtswerkstätten typische Nahraumorientierung (Schregel 2011; Wüstenberg 2017,

S. 130; Grottian 2017, S. 18). Beispielsweise führte die DGB-Jugend in Dortmund zum Antikriegstag 1979 »alternative Stadtrundfahrten« ein, die zu Stätten nationalsozialistischer Verfolgung und des Widerstandes führten (DGB-Landesbezirk Nordrhein-Westfalen 1979b, S. 24). Da die entsprechenden lokalen Geschichten jedoch bis dahin kaum bekannt waren, forderte die DGB-Jugend in Nordrhein-Westfalen von ihren Gruppen deren Erforschung nach dem Motto »Grabe, wo du stehst« (Lindqvist 1989; Grottian 2017, S. 15 f.) und wurde so eine Pionierin der Geschichte von unten des folgenden Jahrzehnts (Hennig 1979a; o. V. 1979c; DGB-Landesbezirk Nordrhein-Westfalen 1979b, S. 13 f.). Die Liste der Aktivitäten ließe sich auch mit Blick auf andere Orte fortsetzen. Verwiesen sei noch darauf, dass die zentralen Veranstaltungen am 1. September 1979 mit einer Kundgebung am Mahnmal für Opfer der Kriegsendphaseverbrechen in der Dortmunder Bittermark begannen (DGB-Kreis Dortmund 1979).

Dieser Fokus der Gewerkschaftsjugend auf die kritische Erinnerung an den Zweiten Weltkrieg – gipfelnd in der Forderung, den 1. September zu einem offiziellen Feiertag zu machen –, die Zeit des Nationalsozialismus im Allgemeinen und die »Verbindung von Faschismus und Krieg« (o. V. 1979c; DGB-Landesbezirk Nordrhein-Westfalen 1979b, S. 9) verweist auf meist implizit bleibende Deutungsmuster, die Faschismus und Krieg beinahe gleichsetzten und beides als Folge des Kapitalismus interpretierten. Auch wenn es nie so deutlich ausformuliert wurde, war auch die DGB-Jugend hier maßgeblich geprägt von den zuweilen recht simplen neomarxistischen Faschismustheorien der 1960er und 1970er Jahre. Entsprechend dürfte die im Nachhinein geäußerte Kritik der Jugend der IG Bergbau und Energie, dass der Antikriegstag sich eher wie ein Antifa-Tag angefühlt habe, für viele Gewerkschaftsjugendliche kaum nachvollziehbar gewesen sein (Hennig 1979b).

Das deutet schon darauf hin, dass dieser Versuch der Gewerkschaftsjugend, den Anschluss an eine wachsende Neue soziale Bewegung erinnerungspolitisch herzustellen, andere Erinnerungsimpulse mitintegrierte. Dass die zunehmende Sichtbarkeit rechtsradikaler Gruppen in der Bundesrepublik, verbunden mit der Wirtschaftskrise und der Popularität eines autoritär auftretenden Politikers wie Franz-Josef Strauß, viele junge Menschen Parallelen zu der Spätphase der Weimarer Republik ziehen ließ (Frei et al. 2019, S. 140–150), erklärt ebenfalls diese Verbindung von Antikriegstag und antifaschistischem Erinnern (o. V. 1979h; B. U. 1979b; o. V. 1979a; Löw-Beer 1979; o. V. 1979c).

In diesen über das Friedensthema hinausgehenden Gegenwertsimpulsen lagen jedoch Konfliktlinien, die dem Ziel der Organisatoren, durch den Antikriegstag nicht nur das jugendliche Mobilisierungspotenzial der Gewerkschaften zu vergrößern, sondern insbesondere durch die Beschäftigung mit der

Geschichte auch eine generationenübergreifende Einigung der Organisationen anzustoßen, zuwiderliefen (DGB-Landesbezirk Nordrhein-Westfalen 1979b, S. 3).

Auslöser einer größeren Kontroverse war eine Broschüre, die in der DGB-Jugend Nordrhein-Westfalen zur Vorbereitung des Antikriegstages erstellt worden war. Diese sollte nach Ansicht des zuständigen Landesjugendsekretärs »Kenntnisse über die Geschichte unseres Landes, über Rüstungsangelegenheiten, über friedenspolitische Initiativen, über internationale Zusammenhänge, über Abrüstungsvorschläge und Fragen der Alternativproduktion« bieten (DGB-Landesbezirk Nordrhein-Westfalen 1979b, S. 7). Der Schwerpunkt lag jedoch eindeutig auf der deutschen Geschichte (DGB-Landesbezirk Nordrhein-Westfalen 1979a).

Als schon ein erster Entwurf verfasst worden war, prüfte der DGB-Bundesvorstand, ob dieser sich auch für eine geplante bundesweite Veröffentlichung eignete. Stattdessen aber untersagte er die weitere Verteilung der Broschüre und schickte zwei Historiker zur DGB-Jugend NRW, die neun Änderungen im Text veranlassten. Diese konnten allerdings erst bei einer viel größeren zweiten Auflage, nun vom Bundesvorstand herausgegeben, berücksichtigt werden. Ausschlaggebend war bei dieser Intervention wohl, dass der erste Entwurf den designierten Kanzlerkandidaten von CDU/CSU, Strauß, als Faschisten bezeichnet hatte. Das war angesichts scharfer Auseinandersetzungen um den Fortbestand der Einheitsgewerkschaft, an denen sich ausgerechnet Strauß mit Angriffen auf die DGB-Gewerkschaften beteiligt hatte, brisant (Schneider 1989, S. 363). Darüber hinaus sollten die Historiker das dem Bundesvorstand schief erschienene Geschichtsbild wieder geraderücken. Wichtig für die kommende Debatte war dabei, dass eine Stelle der Einleitung, die besagte, dass Deutschland bereits zwei Weltkriege ausgelöst hatte, folgende Ergänzung fand:

»Der deutsch-sowjetische Nichtangriffsvertrag vom 23. August 1939 hat den Beginn des zweiten Weltkrieges beeinflusst, weil Deutschland über Polen herfallen konnte, ohne mit einem russischen Gegenschlag zu rechnen« (Falkenhain 1979; siehe auch Benz 1979).

Das Ganze blieb kein interner Vorgang, sondern wurde öffentlich diskutiert und war auch in den Gewerkschaften höchst umstritten. Während sich die Jugend der IG Bergbau und Energie auf die Seite des Vorstandes stellte und sich »gegen eine bestimmte Art von einseitiger Geschichtsschreibung« aussprach (Wichert 1979), kündigte die IG Metall nach dem Antikriegstag öffentlich an, sich für eine Aufhebung des Verbotes der Broschüre einzusetzen (DGB-Landesbezirk Nordrhein-Westfalen 1979b, S. 65).

So wurde der Versuch, erinnerungspolitisch Anschluss an die Neuen sozialen Bewegungen zu finden, zu einem Bumerang. Nach außen schien das Bild

eines autokratischen Gewerkschaftsapparates, das in der alternativen Linken verbreitet war, durch diesen Vorgang vermeintlicher Zensur bestätigt zu werden. Auch die Großveranstaltung am 1. September 1979 in der Dortmunder Westfalenhalle, bei der unter anderem Eric Burdon ein Konzert gab, wurde davon überschattet. Die Rede des DGB-Vorsitzenden Vetter wurde immer wieder von lauten Pfiffen übertönt, unter anderem als er sagte, dass falsch liege, wer Strauß einen Faschisten nennt, oder als er den »Hitler-Stalin-Pakt« erwähnte (Vetter 1979; o. V. 1979h).

Regionale Protesterinnerung: Eine gemeinsame Geschichte von Gewerkschaften und Friedensbewegung?

Auffällig ist mit Blick auf den Antikriegstag 1979 auch, dass die Gewerkschaften ihre Beteiligung an der Friedensbewegung zwar erinnerungspolitisch gestalteten, jedoch nicht ihre eigene Rolle in vorherigen Mobilisierungsphasen der Friedensbewegung erwähnten. Vermutlich hätten die Gewerkschaften auch hierzu keine gemeinsame Erzählung anbieten können. Die Mobilisierungen der 1950er Jahre (»Ohne mich« und »Kampf dem Atomtod«) wurden zwar von den Gewerkschaften angeführt, doch in den Augen einiger Kritiker nicht konsequent ausgefochten (Andresen 2008).

Der Ostermarsch stand in den 1960er Jahren unter »Kommunismusverdacht« und wurde eher von linken Gewerkschaftern auf regionaler oder betrieblicher Ebene getragen (DGB 1963a/2005), und auch der Antikriegstag, in den späten 1970er Jahren als fester Bestandteil gewerkschaftlicher Tradition betrachtet, wurde dem DGB in den 1960er Jahren eher von links und aus der Jugend aufgedrängt (DGB 1962/2005; DGB 1962/2005; DGB 1963b/2005; DGB 1963c/2005; DGB 1965a/2006; DGB 1965b/2006; DGB 1966/2006; DGB 1967/2006). Dennoch wurde in der Friedensbewegung der 1980er Jahre versucht, diese Traditionen erinnerungspolitisch zu nutzen. Doch kam diese Initiative aus der Bewegung, beziehungsweise von Aktivist*innen, die in Gewerkschaften und Friedensbewegung aktiv waren.

Schon die Wiedereinführung der Ostermärsche hatte an eine Tradition aus den 1960er Jahren angeknüpft, die gerade im Ruhrgebiet zu großen Teilen von Arbeiter*innen und Gewerkschafter*innen getragen worden war (Otto 1982). Durch die Bekanntmachung dieser Geschichte der Aktionsform und die Hervorhebung von schon in den 1960er Jahren beteiligten Gewerkschaftern wurde diese Tradition betont (Aehnel/Schwamborn 1982; Wienecke/Krause 1982; o. V. 1982; Hansel 1982). Auch in den 1980er Jahren wurde der Ostermarsch Ruhr

schnell ein Mobilisierungserfolg, doch waren die Organisator*innen enttäuscht, als unter den 60.000 Teilnehmenden 1982 kaum Arbeiter zu finden waren und die Gewerkschaften ihre Unterstützung versagten, da der Aufruf nicht auch die sowjetische Aufrüstung kritisierte. Eine stärkere Verbindung von »Frieden und Arbeit« sollte das in den kommenden Jahren ändern (Ostermarsch-Komitee o.J.a; DGB-Jugend 198; Schrade 1982; Ostermarsch-Komitee o.J.b.).

Diese Verbindung wurde hergestellt über Deutungsangebote, die Rüstungskosten mit der Krise des Arbeitsmarktes und des Sozialstaats verbanden, sowie mit einer Bildsprache, die eine auf industrielle Arbeit aufbauende regionale Identität ansprach und gezielt Arbeiter (männlich, mit Helm und Blaumann) integrierte (Teichmann 2018, S. 96–102). Konkret erinnerungspolitisch wurden die Bemühungen um die Arbeiterschaft der Region, als es darum ging, eine vermeintlich milieubedingte Trennung nach Aktionsform zu überwinden.

Die alternative Linke, die Grünen und die sogenannte autonome Friedensbewegung versuchten bereits 1982 mit der Blockade eines britischen Militärstützpunktes in Holzwickede-Opherdicke bei Dortmund, wo Atomraketen vermutet wurden, den zivilen Ungehorsam in das offizielle Programm des Ostermarsches Ruhr zu integrieren. Die im Ruhrgebiet einflussreiche kommunistische Strömung in der Friedensbewegung verhinderte dies mit der Begründung, dass radikale Aktionsformen eine Beteiligung der Arbeiterklasse an den Protesten verhindern würden (Landesverband der Grünen Nordrhein-Westfalen 1982; Bünnig 1982).

Der 1983 gefundene Kompromiss vermied das Wort »Blockade« und rief stattdessen zu einer »Friedensversammlung vor dem Raketengelände« auf (o.V. o.J.). Um die Brücke zu Gewerkschaftern und Arbeitern zu schlagen, wurde diese Aktion in die Tradition einer Sitzblockade vor einem britischen Armeestützpunkt in Dortmund-Brackel 1959 gestellt, die als erster Akt des zivilen Ungehorsams in Deutschland gilt. Anlass dieser Blockade war eine geplante Stationierung von Atomraketen gewesen – eine augenscheinliche Parallele zu 1983 (Delkus 2014).

Personifiziert wurde diese Kontinuität von Kurt Schrade, der angab, 1959 als Jugendlicher beteiligt gewesen zu sein, und nun als Betriebsratsvorsitzender der Westfahlenhütte, des größten Hoesch-Werkes, eine wichtige Person des regionalen Gewerkschaftsfeldes war. Seine persönliche Geschichte betonend rief er nun im Werbematerial des Ostermarsches zur geplanten Aktion auf (o.V. o.J.; o.V. 1983). Bemerkenswert an dieser Rekonstruktion ist allerdings, dass die Gewerkschaften an den Protesten gegen die Stationierung 1959 zwar maßgeblich beteiligt gewesen waren, eine Verbindung zum Sitzstreik jedoch nicht dokumentiert ist (Söder 2001, S. 60 ff.; Delkus 2014).

Große Mobilisierungskraft unter Arbeitern scheint dieser erinnerungspolitische Versuch nicht entfaltet zu haben, auch wenn die Betriebliche Friedensinitiative Hoesch bei der Aktion vertreten war (Schrader 1982). Doch wurde zumindest erreicht, dass sich die Friedensbewegung strömungsübergreifend auf die Blockade als Aktionsform einigen konnte. Beachtenswert ist zudem, dass sich hier eine Neue soziale Bewegung als Teil einer mit der Arbeiterbewegung geteilten Geschichte regionaler Widerständigkeit inszenierte und damit auch versuchte, ihr zugeschriebene soziale Grenzen zu überwinden.

Fazit

Diese Einblicke in die Erinnerungspolitik an den Schnittstellen zwischen Neuen sozialen Bewegungen und Gewerkschaften zwischen 1968 und 1983 zeigen, dass das gegenseitige Verhältnis nicht nur von Abgrenzung, sondern auch von der Suche nach Gemeinsamem geprägt war. Offensichtlich bezogen sich viele Akteure im linken Feld, allen Spaltungen zum Trotz, auf die gleiche, wenn auch unterschiedlich interpretierte, Geschichte von Bewegung und Protest, was sich jedoch gleichsam als Ressource für Bündnispolitik (1983) nutzen ließ wie für Abgrenzung (1971).

Unter Rückgriff auf die Tradition des 1. Mai und gewerkschaftliche Aktivitäten in der Friedensbewegung suchten soziale Bewegungen das Bündnis mit Gewerkschaften und Arbeiterschaft, wobei die Frage nach der richtigen Aneignung der Tradition durchaus Konfliktpotenzial barg. Eine Ausnahme ist der anhand des Antikriegstags 1979 untersuchte Versuch der Gewerkschaften, durch einen Fokus auf Erinnerungsarbeit zwar bündnisfähig zu Neuen sozialen Bewegungen zu werden, zugleich aber Stellungnahmen zu aktuellen politischen Fragen zu umgehen.

Erinnern ist jedoch immer gegenwartsbezogen, was die Auseinandersetzungen um den Faschismusbegriff und den Kriegsbeginn 1939 zeigen. Alles in allem verweist diese auf regionale Beispiele begrenzte Studie darauf, dass eine erinnerungsgeschichtliche Erforschung von Bündnissen und Abgrenzungen im linken Feld bzw. bei Cross-Movement-Mobilization (Zajak et al. 2020), noch viel Potenzial hat.

Lassen sich aus diesen Beispielen erinnerungspolitische Schlüsse für die Gegenwart ziehen? Da die Gewerkschaften als gesellschaftspolitische Akteure immer stärker auf Bündnisse angewiesen sind und noch weniger als in den frühen 1980er Jahren das Feld darstellen, in dem junge Menschen politisch sozialisiert werden, hat die Frage, wie Brücken zwischen Gewerkschaften und sozialen

Bewegungen geschlagen werden können, jedenfalls einige Bedeutung (Negt 2004, S. 158 f.; Herberg 2018; Greer 2008). Gerade angesichts der Klimakrise ist die Notwendigkeit »breite[r] Mehrheiten in der Zivilgesellschaft« auch in den Gewerkschaften kaum umstritten (IG Metall 2019). Erfolgreiche Bündnispolitik braucht gemeinsame Erzählungen. Das Fortwirken der inzwischen vierzig Jahre alten Erzählungen vom Gegensatz zwischen alten, verkrusteten, hierarchischen dem Status quo verpflichteten sozialen Bewegungen und neuen, innovativen, demokratischen, zukunftsorientierten Bewegungen ist dabei sicher nicht hilfreich.

Die Gewerkschaften können nicht mehr, wie noch in den 1960er und 1970er Jahren, vom erinnerungskulturellen Erbe der Arbeiterbewegung zehren, das allein Anziehungskraft auf andere Akteure hatte. Doch ließe sich die Geschichte von Arbeit, Protest und Mitbestimmung nicht auch so erzählen, dass Gewerkschaften, Klimabewegung, Mietrechtsinitiativen und antirassistische Kampagnen sich darin wiedererkennen können? Müssten die Gewerkschaften sich dafür, wie es Jürgen Kocka (2003, S. 615) formulierte, »mehr auf ihre soziale Bewegungstradition besinnen als auf ihre Staatsnähe und ihre bürokratische Macht«?

Voraussetzung wäre eine Vielstimmigkeit, die einem Alleinvertretungsanspruch der »richtigen« Geschichte zuwiderläuft (Neuheiser et al. 2016, S. 31 f.). Das – nach feldimmanenter Logik durchaus nachvollziehbare – Bestreben der Gewerkschaften, eine einheitliche Erzählung ihrer Geschichte zu forcieren (vgl. Andresen in diesem Band), das am 1. Mai 1968 ebenso sichtbar wurde wie beim Antikriegstag 1979, lässt wenig Raum für ambivalente Erfahrungen. Ironischerweise wurden gerade dadurch auch plurale Traditionen der Gewerkschaftsgeschichte verdrängt und ein einförmiges Bild der Organisationen gezeichnet, das wiederum den Erfindern der Neuen sozialen Bewegungen zur Abgrenzung diene.

Literatur und Quellen

- Aehnelt, Reinhard/Schwamborn, Winfried (Hrsg.) (1982): Wege zum Frieden. Die Ostermärsche. Dortmund: Weltkreis.
- Andreas & Armin (1981): 1. Mai. In: Klügelkerl, H. Januar, S. 16.
- Andresen, Knud (2008): Zwischen Protest und Mitarbeit. Die widersprüchlichen Potentiale gewerkschaftlicher Friedenspolitik 1950–1955. In: Bald, Detlef/Wette, Wolfram (Hrsg.): Alternativen zur Wiederbewaffnung. Friedenskonzeptionen in Westdeutschland. Essen: Klartext, S. 53–69.

- Andresen, Knud (2012): Wandel einer sozialen Bewegung. Gewerkschaftliche Mai-Kundgebungen in Hamburg. In: Forschungsstelle für Zeitgeschichte in Hamburg (Hrsg.): 19 Tage Hamburg. Ereignisse und Entwicklungen der Stadtgeschichte seit den fünfziger Jahren. München: Dölling und Galitz, S. 144–159.
- Andresen, Knud (2016): Gebremste Radikalisierung. Die IG Metall und ihre Jugend 1968 bis in die 1980er Jahre. Göttingen: Wallstein.
- B. U. (1979a): Antikriegstag '79. Stoppt das Wettrüsten in Ost und West. In: Solidarität 5–6, S. 8.
- B. U. (1979b): Holocaust. Runterspielen – tun als wäre nichts? In: Solidarität 2–3, S. 10.
- Benz, Georg (1979): Georg Benz an die Mitglieder des Vorstandes und des Jugendausschusses der IG Metall, 7.9.1979, LAV NRW R, RW 0527 Nr. 465.
- Berger, Stefan (2014): Social Movement in Europe since the End of the Second World War. In: Hesse, Jan-Otmar/Kleinschmidt, Christian/Reckendrees, Alfred/Stokes, Ray (Hrsg.): Perspectives on European Economic and Social History. Perspektiven der europäischen Wirtschafts- und Sozialgeschichte. Baden-Baden: Nomos, S. 15–46.
- Bleicher, Siegfried (1979): Kurzprotokoll des Gesprächs zwischen dem Kollegen Bleicher und der Abteilung Jugend am 27.09.1979 in der Landesbezirksverwaltung, LAV NRW R, RW 0527 Nr. 606.
- Bünnig, Jens (1982): Unser Marsch ist eine gute Sache ... Doch der Gründungsakt war MIESe Mache. In: Revier 3, S. 32 f.
- Delkus, Horst (2014): Der erste Sitzstreik in Deutschland fand in Dortmund statt! Eine neue Protestform macht Karriere. In: Heimat Dortmund 1, S. 46–47.
- DGB (1962/2005): 24. Juli 1962: Protokoll der 10. Sitzung des Bundesausschusses. In: Hildebrandt, Jens/Schwitzer, Boris (Hrsg.): Der Deutsche Gewerkschaftsbund, 1956–1963. Bonn: Dietz, S. 827–836.
- DGB (1962/2005): Protokoll der 31. Sitzung des Bundesvorstandes, 7. August 1962. In: Hildebrandt, Jens/Schwitzer, Boris (Hrsg.): Der Deutsche Gewerkschaftsbund. Bonn: Dietz, S. 837–849.
- DGB (1963a/2005): Protokoll der 4. Sitzung des Bundesvorstandes, 5. Februar 1963. In: Hildebrandt, Jens/Schwitzer, Boris (Hrsg.): Der Deutsche Gewerkschaftsbund. Bonn: Dietz, S. 894–898.
- DGB (1963b/2005) Protokoll der 8. Sitzung des Bundesvorstandes, 11. Juni 1963. In: Hildebrandt, Jens/Schwitzer, Boris (Hrsg.): Der Deutsche Gewerkschaftsbund. Bonn: Dietz, S. 911–917.
- DGB (1963c/2005): Protokoll der 11. Sitzung des Bundesvorstandes, 1. Oktober 1963. In: Hildebrandt, Jens/Schwitzer, Boris (Hrsg.): Der Deutsche Gewerkschaftsbund. Bonn: Dietz, S. 925–929.

- DGB (1965a/2006): Protokoll der 24. Sitzung des Bundesvorstandes, 2. Februar 1965. In: Kieseritzky, Wolther von (Hrsg.): Der Deutsche Gewerkschaftsbund. Bonn: Dietz, S. 155–163.
- DGB (1965b/2006): Protokoll der 25. Sitzung des Bundesvorstandes, 4. März 1965. In: Kieseritzky, Wolther von (Hrsg.): Der Deutsche Gewerkschaftsbund. Bonn: Dietz, S. 173–178.
- DGB (1966/2006): Protokoll der 1. Sitzung des Bundesvorstandes, 7. Juni 1966. In: Kieseritzky, Wolther von (Hrsg.): Der Deutsche Gewerkschaftsbund. Bonn: Dietz, S. 276–292.
- DGB (1967/2006): Protokoll der 13. Sitzung des Bundesvorstandes, 13. Juli 1967. In: Kieseritzky, Wolther von (Hrsg.): Der Deutsche Gewerkschaftsbund. Bonn: Dietz, S. 476–490.
- DGB (o.J.): Nie wieder Krieg. Kurze Geschichte des Antikriegstages. Friedens- und Sicherheitspolitik: Materialien zur gewerkschaftlichen Bildungsarbeit. Düsseldorf.
- DGB-Jugend (1982): Ostern '82: Für Frieden durch Abrüstung, Solidarität mit allen unterdrückten Völkern und deshalb auch: Solidarität mit Polen. Aufruf der Gewerkschaftsjugend. In: Solidarität 1–2.
- DGB-Jugend Essen (1971): Protokoll der außerordentlichen KJA-Sitzung am 24.5.1971, Stadtarchiv Essen.
- DGB-Kreis Bochum (1968): Protokoll der DGB-Kreisvorstandssitzung am Dienstag, dem 16. April 1968, LAV NRW W, RW 177 Nr. 115.
- DGB-Kreis Dortmund (1979): Flugblatt: Kommt zur Großveranstaltung, LAV NRW R, RW 0527 Nr. 313.
- DGB-Kreis Essen (1971): Protokoll der DGB-Kreisvorstandssitzung am 1.2.1971, Stadtarchiv Essen.
- DGB-Landesbezirk Nordrhein-Westfalen (1979a): Abteilung Jugend, Antikriegstag. Nie wieder Krieg! Abrüstung – Gewinn für uns!. Düsseldorf.
- DGB-Landesbezirk Nordrhein-Westfalen (1979b): Abteilung Jugend, Antikriegstag 1979. Dokumentation. Düsseldorf.
- Dortmunder Initiativen (o.J.): 10 Jahre alternativer 1. Mai. Dortmunder Initiativen (Broschüre), Archiv der Geschichtswerkstatt Dortmund.
- Dr (1968): Wer Maifeiern stört, muß wissen was er tut. Wir sprachen mit Walter Arendt. In: Ruhr-Nachrichten (Bochum), 26.4.1968.
- Eyerman, Ron (2015): Social Movements and Memory. In: Tota, Anna Lisa/Hagen, Trever (Hrsg.): International Handbook of Memory Studies. London: Routledge, S. 79–83.
- Falkenhain, Gregor (1979): Gregor Falkenhain an DGB-Landesbezirk, Geschäftsführender Landesbezirksvorstand, 10.9.1979, LAV NRW R, RW 0527 Nr. 465.

- Frei, Norbert/Maubach, Franka/Morina, Christina/Tändler, Maik (2019): Zur rechten Zeit. Wider die Rückkehr des Nationalismus. Berlin: Ullstein.
- Greer, Ian (2008): Von sozialen Bewegungen lernen. Ein Impuls für deutsche Gewerkschaften. In: WSI-Mitteilungen 4, S. 205–211.
- Grottian, Etta (2017): Vorgeschichte, Vorbild oder Sackgasse? Zur Historisierung der »neuen Geschichtsbewegung« der Bundesrepublik der späten 1970er und 1980er Jahre. In: Werkstatt Geschichte 75, S. 15–24.
- Hansel, Günter (1982): Damals jedenfalls, 1962. Eine Episode aus der Geschichte der Ostermarschbewegung. In: elan 4, S. 4.
- Hennig, Klaus-Peter (1979a): Klaus-Peter Hennig an den Geschäftsführenden Landesbezirksvorstand: Vorläufige Einschätzung der Aktionen zum Antikriegstag 1979 in NRW, 7.9.1979, LAV NRW R, RW 0527 Nr. 465.
- Hennig, Klaus-Peter (1979b): Aktenvermerk, Betr. DGB-Bundesjugendausschuß-Sitzung am 13.14. September 1979, Antikriegstag 1979, Dortmund, Düsseldorf, 20.9.1979, LAV NRW R, RW 0527 Nr. 313.
- Herberg, Mirko (2018): Gerechtigkeit für die Arbeit der Zukunft. In: gegenblende, 18.7.2018, <https://gegenblende.dgb.de/artikel/++co++7bbeb7e0-8a90-11e8-ae46-52540088cada> (Abruf am 28.4.2021).
- Hildebrandt, Jens/Schwitzer, Boris (Hrsg.) (2005): Der Deutsche Gewerkschaftsbund, 1956–1963. Bonn: Dietz.
- Hobsbawm, Eric (1983): Mass-Producing Traditions: Europe, 1870–1914. In: Hobsbawm, Eric/Ranger, Terence (Hrsg.): The Invention of Tradition. Cambridge: University Press, S. 263–307.
- IG Metall (2019): Gemeinsam Druck machen – Für einen sozialen, ökologischen und demokratischen Wandel, 26.8.2019, www.igmetall.de/download/20190826_20190826_Erkl_rung_FFF_Demo_20_09__GfVM_final_ea1179dd0c1173bf313a45b4b88e27c9ffa3cb5f.pdf (Abruf am 28.4.2021).
- IG Metall-Jugend Essen (1971): Protokoll der Sitzung des Ortsjugendausschusses der IGM, VST Essen vom 3.5.1971, Stadtarchiv Essen.
- Janzen, Rudolf (1968a): Rudolf Janzen an Ludwig Rosenberg, 17.4.1968, LAV NRW W, RW 177 Nr. 259.
- Janzen, Rudolf (1968b): Rudolf Janzen an Ludwig Rosenberg, 18.4.1968, LAV NRW W, RW 177 Nr. 259.
- Kieseritzky, Wolther von (Hrsg.) (2006): Der Deutsche Gewerkschaftsbund, 1964–1969. Bonn: Dietz.
- Kocka, Jürgen (2003): Gewerkschaften und Zivilgesellschaft. Dimensionen eines Konfliktverhältnisses. In: Gewerkschaftliche Monatshefte 54, S. 610–616.

- Landesverband der Grünen Nordrhein-Westfalen (1982): Offener Brief an die Friedensbewegung anlässlich der Ostermärsche '82, Privatarhiv Margret Ullrich, Friedensinitiative Ost, allg. Flugblätter.
- Lindqvist, Sven (1991): Grabe wo du stehst. Handbuch zur Erforschung der eigenen Geschichte. Bonn: Dietz.
- Löw-Beer, Nele (1979): »Holocaust«. Oder: Haben wir es nicht gewusst? In: Metall 3, S. 20f.
- Maikomitee der Gewerkschaftsjugend Essen (o.J.): Flugblatt: 1. Mai, internationaler Kampftag der Arbeiterklasse, hrsg. v. Maikomitee der Gewerkschaftsjugend Essen, Stadtarchiv Essen.
- Meyer, Malte (2017): Lieber tot als rot. Gewerkschaften und Militär in Deutschland seit 1914. Münster: edition assemblage.
- Negt, Oskar (2004): Wozu noch Gewerkschaften? Eine Streitschrift (Steidl Streitschrift 193). Göttingen: Steidl.
- Neuheiser, Jörg/Bartlitz, Christine/Rudolf, Violetta (2016): Mehr Geschichte wagen. Plädoyer für einen mutigeren Umgang der Gewerkschaften mit ihrer (Zeit-)Geschichte. Düsseldorf: Hans-Böckler-Stiftung, www.boeckler.de/pdf/p_foe_WP_018_2016.pdf (Abruf am 28.5.2021).
- o. V. (1979a): »Holocaust«. Ein Schlagwort bewegt Millionen. Oder »die unbewältigte Vergangenheit«. In: Durchblick. Zeitung der Dortmunder Gewerkschaftsjugend 2/3, S. 10f.
- o. V. (1979b): Abrüstung. Gewinn für uns. In: Durchblick. Zeitung der Dortmunder Gewerkschaftsjugend 2/3, S. 8.
- o. V. (1979c): Antikriegstag '79. In: Solidarität 10, S. 2.
- o. V. (1979d): Bist du auch dabei am 1. Mai? DGB-Kreisvorstand verbietet Initiativen die Teilnahme am 1. Mai-Jugendtreff. In: Klüngelkerl, Mai, S. 1.
- o. V. (1979e): DGB-Jugend mit mehr Geschichtsbewußtsein. In: Solidarität 10, S. 4.
- o. V. (1979f): Gemeinsam zum 1. Mai! Der Jugendtreff ist eine gute Sache! In: Klüngelkerl, April, S. 1.
- o. V. (1979g): Wie war das eigentlich? Krieg, Nationalsozialismus. In: Durchblick. Zeitung der Dortmunder Gewerkschaftsjugend 2/3, S. 4–7.
- o. V. (1979h): Erfahrungsbericht über den Antikriegstag der DGB-Gewerkschaftsjugend Nordrhein-Westfalen am 01. September 1979 in Dortmund, LAV NRW R, RW 0527 Nr. 313.
- o. V. (1980a): Jugendmai im Revierpark? In: Klüngelkerl, April, S. 13.
- o. V. (1980b): Denkmalschutz und neues Leben. 1. Mai im Revier. In: Revier 6, S. 20.
- o. V. (1982): Geschichte des Ostermarschs. In: Ent-Rüstung, April, S. 7.

- o.V. (1983): Zum Beispiel: 13. März 1959. Erste direkte gewaltfreie Aktion in Dortmund-Brackel. In: Ostermarsch Ruhr Rundbrief, H. 6/1983, Afas, 58.III.34.
- o.V. (o.J.): Lieber 'ne Taube auf'm Dach, als 'ne Bombe im Vorgarten. Keine Atomraketen im Revier. Opherdicke atomwaffenfrei! (Flugblatt), Fritz-Hüser-Institut, Archiv (FHI), 201–610.
- Ostermarsch-Komitee (o.J.a): Erklärung des Ostermarsch-Komitees zum Ostermarsch Ruhr '82 (Entwurf), LAV NRW R, RW 0527 Nr. 426.
- Ostermarsch-Komitee (o.J.b): Diskussionspapier, LAV NRW R, RW 0527 Nr. 426.
- Otto, Karl A. (1982): Vom Ostermarsch zur APO. Geschichte der außerparlamentarischen Opposition in der Bundesrepublik 1960–1970. 3. Auflage. Frankfurt am Main: Campus.
- Raphael, Lutz (2019): Jenseits von Kohle und Stahl. Eine Gesellschaftsgeschichte Westeuropas nach dem Boom. Berlin: Suhrkamp.
- Rödter, Andreas (2004): Die Bundesrepublik Deutschland. 1969–1990. München: Oldenbourg.
- Rosenberg, Ludwig/Hansen, Werner (1968): Ludwig Rosenberg und Werner Hansen an die DGB Bezirke und Kreise, 3.4.1968, LAV NRW W, RW 177 Nr. 259.
- Rosenberg, Ludwig/Stephan, Günter (1968): Ludwig Rosenberg und Günter Stephan an die DGB-Landesbezirke und Kreise, den Mitgliedern des Vorstandes der Gewerkschaften und Industriegewerkschaften zur Kenntnis, 17.4.1968, LAV NRW W, RW 177 Nr. 259.
- Rucht, Dieter (2001): »Heraus zum 1. Mai!«. Ein Protestritual im Wandel. In: Rucht, Dieter (Hrsg.): Protest in der Bundesrepublik. Strukturen und Entwicklungen. Frankfurt am Main: Campus, S. 143–172.
- Schneider, Michael (1989): Kleine Geschichte der Gewerkschaften. Ihre Entwicklung in Deutschland von den Anfängen bis heute. Bonn: Dietz.
- Schrade, Kurt (1982): »Nehmt die Milliarden verdammt noch 'mal aus dem Rüstungset«. Interview mit Kurt Schrader. In: Ent-Rüstung, Mai, S. 3.
- Schrader, Wilhelm (1982): Im Regen durchs Revier – für den Frieden gegen die Raketen. In: Westfälische Rundschau (Dortmund), 13.4.1982.
- Schregel, Susanne (2011): Der Atomkrieg vor der Wohnungstür. Eine Politikgeschichte der neuen Friedensbewegung in der Bundesrepublik 1970–1985. Frankfurt am Main: Campus.
- Schuster, Dieter (1971): Die deutsche Gewerkschaftsbewegung. Düsseldorf.
- Siegfried, Detlef (2018): 1968. Protest, Revolte, Gegenkultur. Ditzingen: Reclam.
- Söder, Ernst (2001): Dein Leben ist mehr als Arbeit. Von den Anfängen bis ins Jahr 2000. Mehr als 50 Jahre Gewerkschaftsjugend in Dortmund. Essen: Klartext.

- Stachow, Helga (1995): *Rituale der Erinnerung. Die Maifeiern der Hamburger Arbeiterbewegung zwischen 1890 bis 1914*. Marburg: AVK.
- Teichmann, Ulf (2018): *Neue soziale Bewegung im Stahlwerk? Proteste für Frieden und Arbeit im Ruhrgebiet (1981–1984)*. In: *Arbeit Bewegung Geschichte* 17, H. 3, S. 91–106.
- Teichmann, Ulf/Wicke, Christian (Hrsg.) (2018a): *Arbeit Bewegung Geschichte* 17, H. 3.
- Teichmann, Ulf/Wicke, Christian (2018b): *Alte und Neue soziale Bewegungen. Einleitende Anmerkungen*. In: *Arbeit Bewegung Geschichte* 17, H. 3, S. 11–19.
- Templin, David (2011): »Lehrzeit – keine Leerzeit!«. *Die Lehrlingsbewegung in Hamburg 1968–1972*. München: Dölling und Galitz.
- Thamm, Lutz (o. J.): *Der 1. Mai einmal anders! Im Spannungsfeld zwischen Neuen Sozialen Bewegungen und Arbeiterbewegung*. In: Braun, Horst Dieter (Hrsg.): *Vergangene Zukunft. Mutationen eines Feiertages*. Berlin: Transit, S. 132–153.
- Todtenberg, Oswald (1977): *Der 1. Mai in neuen (kulturellen) Formen*. In: *Gewerkschaftliche Monatshefte* 28, S. 278–280.
- Tolomelli, Marica (2001): »Repressiv getrennt« oder »organisch verbündet«. *Studenten und Arbeiter 1968 in der Bundesrepublik Deutschland und in Italien (Forschung Politikwissenschaft)*. Opladen: Leske & Budrich.
- Troebst, Stefan (2014): *Geschichtspolitik*. In: *Docupedia-Zeitgeschichte*, 4.8.2014, http://docupedia.de/zg/troebst_geschichtspolitik_v1_de_2014 (Abruf am 28.4.2021).
- Vetter, Heinz Oskar (1979): *In Freiheit leben – in Frieden arbeiten*. In: *Welt der Arbeit*, 13.9.1979.
- Werner (1981): *1. Mai*. In: *Klüngelkerl*, Februar, S. 16.
- Wichert, Udo (1979): *Udo Wichert an Heinz Oskar Vetter*, 4.9.1979, LAV NRW R, RW 0527 Nr. 465.
- Wienecke, Jan/Krause, Fritz (1982): *Unser Marsch ist eine gute Sache. Ostermärsche damals – heute*. Frankfurt am Main: Marxistische Blätter.
- Wüstenberg, Jenny (2017): *Civil Society and Memory in Post-War Germany*. Cambridge: University Press.
- Zajak, Sabrina/Jansson, Jenny/Pleyers, Geoffrey/Lenz, Ilse (2020): *Cross-Movement Mobilization and New Modes of Solidarity in Times of Crisis in the Global North and South*. In: *Moving the Social* 63, S. 5–12.
- Zentrum kritischer Auszubildender (1970): *Protokoll der Koordinationsgruppe vom 28.12.1970*, Stadtarchiv Essen.
- Zentrum kritischer Auszubildender (1971a): *Protokoll der Projektgruppen im Zentrum vom 5.1.1971*, Stadtarchiv Essen.

- Zentrum kritischer Auszubildender (1971b): Protokoll der Projektgruppen im Zentrum vom 12.1.1971, Stadtarchiv Essen.
- Zentrum kritischer Auszubildender (1971c): Protokoll der Projektgruppen im Zentrum vom 19.1.1971, Stadtarchiv Essen.
- Zentrum kritischer Auszubildender (1971d): Protokoll der Projektgruppen im Zentrum vom 26.1.1971, Stadtarchiv Essen.
- Zentrum kritischer Auszubildender (1971e): Protokoll der Projektgruppen im Zentrum vom 2.2.1971, Stadtarchiv Essen.
- Zentrum kritischer Auszubildender (1971f): Protokoll der Projektgruppen im Zentrum am 13.4.1971, Stadtarchiv Essen.
- Zentrum kritischer Auszubildender (1971g): Protokoll der Projektgruppe Bildung am 1.5.1971, Stadtarchiv Essen.
- Zentrum kritischer Auszubildender (o.J.): ZKA, DGB-Kreis Essen, an den Kreisvorstand des DGB-Kreises Essen, Stadtarchiv Essen.